



„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx

Betriebsflugblatt
der
Sozialistischen
Arbeiterstimme
DB Regio und S-Bahn

23. Oktober 2013

690.000 Euro an die CDU: Keine Spende, sondern eine gute Investition

So ähnlich dürften wohl die drei Hauptaktionäre von BMW bezüglich ihrer kürzlich getätigten Großspende denken. Und wenn man sich die sonstigen Gönner der „Volksparteien“ so anschaut, entdeckt man überall Großkonzerne, Unternehmerverbände und eben die Crème de la Crème der Reichen.

Die Presse redet von einem Skandal. Immerhin stinkt das Ganze nach Korruption. Die zeitliche Nähe einer wichtigen politischen Entscheidung in Brüssel lässt vermuten, dass hier ein Gesetz gekauft werden soll. Schließlich wurde auf Druck der Bundesregierung jetzt erneut die Abstimmung über neue CO2-Normen für Autos in der EU verschoben. Da gewinnt der Ausspruch von Generalsekretär Gröhe (CDU) „Spenden für demokratische Parteien sind ein wichtiger Dienst im Gemeinwesen“ gleich eine ganz andere Bedeutung. Es sei denn unter Gemeinwesen sind Konzernleitungen und Unternehmer zu verstehen.

Geld ist anscheinend überall genug da

Und auch der Kirchenskandal, welcher gerade durch den Limburger Bischof durch die Medien kreist, weil sich dieser eine protzige Residenz für rund 31 Mio. Euro bauen ließ, erscheint in ganz anderem Licht, wenn man weiß, dass die Bundesrepublik jedes Jahr Subventionen von ca. 15 Mrd. Euro an die Kirchen bezahlt. Muslim, Jude, Atheist, Konfessionsloser... jeder bezahlt mit seinen Steuern diese Milliarden-subventionen. Zusätzlich zu diesen Unsummen erhalten die Kirchen jedes Jahr noch ca. neun Milliarden Euro an Kirchensteuern, die der Staat und die Unternehmer für sie einziehen. Und noch einmal zusätzlich erhält die Kirche über 50 Mrd. Euro jährlich für die kirchlichen Sozialeinrichtungen Diakonie und Caritas, die der Staat zu weit über 90 Prozent finanziert. Und die lausigen Arbeitsbedingungen dort kennt eben nicht nur Gott allein.

Wessen Stimme zählt hier eigentlich?

Solche und andere „Skandale“ zeigen: die „Demokratie“ ist in diesem System nur eine Worthülse. In Wahrheit liegt die politische Macht nicht bei den Massen der Bevölkerung, sondern die Macht haben diejenigen, die jeden Tag die Politik beeinflussen und ihre Wünsche und Interessen durchsetzen können: die Chefs und Besitzer der großen Konzerne und Banken. Alle Probleme und Sorgen der Bevölkerung könnten mühelos gelöst werden angesichts des gigantischen Reichtums, den wir durch moderne Technik in der Lage sind zu produzieren. Nicht nur in Deutschland,

sondern sogar weltweit steigt der durchschnittliche Reichtum pro Kopf von Jahr zu Jahr.

Doch wenn irgendeine Regierung auf die Idee käme, diesen Reichtum zu benutzen und ihn wirklich denjenigen zur Verfügung stellt, die ihn tagein tagaus erarbeiten... dann würden die Konzerne ganz schnell klar machen, wer hier das Sagen hat. Schließlich wissen wir alle, dass die Demokratie am Werkstor oder am Eingang des Bürogebäudes aufhört. Das Standardargument auf alle Ideen, welche die Bevölkerung zufrieden stellen würden, ist, dass diese Politik Arbeitsplätze gefährde. Denn das Kapital versucht uns immer damit zu erpressen, dorthin zuziehen, wo ihm die profitabelsten Bedingungen geboten werden – also dorthin, wo möglichst viel von dem geschaffenen Reichtum in die Kassen der Konzerne fließt und möglichst wenig bei der arbeitenden Bevölkerung ankommt. Diese Erpressung soll uns einschüchtern und vorgaukeln, dass die Unternehmen frei schalten und walten könnten, wie sie wollten. Nur eines sollte man dabei nicht vergessen: Wir Arbeitenden sind es, die den Laden am Laufen halten. In Wahrheit sind die Unternehmen abhängig von uns.

Es wäre genug für alle da

Damit die Bedingungen in diesem System so bleiben wie sie sind, haben die Herrschenden vielfältige Mittel entwickelt: Heerschaaren von Lobbyisten sorgen dafür, dass Wünsche und Interessen von Industrie und Banken jederzeit präsent sind. Direkte und indirekte Bestechung hilft im Einzelfall nach. Und die einflussreichsten Medien, die auch alle im Besitz von Großkonzernen sind, erklären uns dann die „Sachzwänge“.

Gegenüber den Kapitalisten und Regierungen, die ihre Angriffe auf uns systematisch planen, brauchen wir Arbeitenden unseren eigenen Plan. Wenn wir uns gemeinsam Gedanken machen, welche Maßnahmen und welche Veränderungen wir brauchen, damit sich für uns etwas ändert, damit wir nicht täglich mit der Angst um unsere Existenz leben müssen, sollten wir entscheiden, wo die Gelder (welche wir ja schließlich erwirtschaften!) eingesetzt werden.

Nur so können wir uns darüber austauschen, wie wir die größte Chance haben, diese Maßnahmen gegen die Herrschenden durchzusetzen und was wir heute dafür tun können, damit morgen die rund 2,6 Millionen Euro, welche allein in diesem Jahr von den Großkonzernen an die „Volksparteien“ gespendet wurden, uns zu Gute kommen.

Von Kollegen für Kollegen...

Keine Lösung, aber billig

Weil es auch in Hessen so gar nicht anders ist als bei uns und es auch dort immer wieder zu Angriffen auf Zugbegleiter kommt, kriegen die hessischen Kollegen nun eine Notfall-App.

Mag sein, dass jede Möglichkeit schnelle Hilfe anzufordern zu begrüßen ist. Aber wie sieht es denn mit den versprochenen Personalaufstockungen aus, einfach mal mehr Leute auf den Zügen?

Vielleicht sollten wir den Controllern und Personalmanagern erst mal die Neueinstellungs-App aufspielen. Das wäre doch eine wirkliche Hilfe.

Versuchs mal mit Gemütlichkeit

Die neue La ist mysteriös... wie vieles in diesem Laden. Im S-Bahn-Netz nur noch 80. Warum das?

Um uns nicht an den Miesmacher-Gerüchten zu beteiligen, freuen wir uns einfach mal über die schöne Aussicht, die uns nun beim rumtuckeln draußen erfreut. Könnte noch langsamer sein, wir sind ja schließlich auf Arbeit... Vielleicht ist die Geschwindigkeitsreduzierung als Ersatz gedacht für die ewig versprochenen Besserungen bei den Diensten.... das schont das Material, das uns eh ständig Ärger macht... und Strom spart es auch. Herrlich. Nur die Fahrgäste könnten sauer werden.

Ausgebremst

Das EBA verweigerte lange Zeit die Zulassung für den Talent. Der Grund: die mangelhafte Bremse. Nach langem hin und her ging es dann doch mit Ach und Krach.

Nun – einmal zugelassen – gibt es immer wieder neue Probleme. Erst letztens ist eine Fuhre samt Ausbilder übers Haltsignal gesaut.

Neuerdings muss die erste MG-Bremse abgeschaltet werden. Schnellbremsungen dürfen nicht aufgehoben werden, bevor die Ente steht. Danach darf nur mit 40 km/h weitergewatschelt werden...

Wir dürfen uns nicht den kleinsten Fehler erlauben, alles muss auf Nummer sicher sein. Fürs Management von Regio gilt das nicht. Die probieren rum im laufenden Betrieb, Sicherheitsrisiken inklusive. Hauptsache die Kisten fahren – egal wie. Es geht um viel Kohle. Das ist auch die einzige feste Größe, um die es bei der privatisierten Bahn geht. Alles andere kann im Chaos versinken und ist unwichtig.

Bremsen ist was für Weicheier?

Eigentlich wäre er derjenige, der irgendwann mal „Halt“ schreien müsste, wenn es solch ein Theater um die Bremsen gibt. Der EBLer.

Stattdessen stellt er sich im Dienstunterricht hin und meint, wir sollen mal fahren „wie Männer“.

Na soll er doch. RB 10 rauf und runter. Jeden Tag 12 Stunden und sieben Tage die Woche und nicht nur wenn ein Streik gebrochen werden muss.

Dann haben wir mehr Zeit für unsere Kinder und können im Haushalt mal so richtig emanzipiert wie moderne Männer über die „Bügel brettern“.

Streik im Einzelhandel

Seit April wird im Einzelhandel gestreikt. Anfang des Jahres kündigten die Unternehmerverbände an, alle Entgelt- und Manteltarifverträge zu kündigen, um die Arbeitsbedingungen noch unsicherer zu machen.

In Berlin fordert ver.di eine Lohnerhöhung von 1 € je Stunde. Wie eh und je tricksen die Unternehmen, indem sie sich weigern, neue Tarifgespräche aufzunehmen, solange der Streik anhält. Doch Streiken ist unser einzig wirksames Druckmittel, um Forderungen durchzusetzen. Am letzten Freitag trafen sich ca. 900 Streikende am Wittenbergplatz, um weiter Dampf zu machen!

SPD-CDU gehen Mindestlöhne am A... vorbei

Die SPD tut so, als müsste sie mit der CDU hart verhandeln, um am Ende einen flächendeckenden Mindestlohn von vielleicht 8,50 Euro durchzusetzen. Die CDU ist nicht einmal bereit, diesen Hungerlohn zu akzeptieren.

Wenn es der SPD ernst wäre, könnte sie sofort einen Mindestlohn einführen. Denn mit den Stimmen von Grünen und Linkspartei gäbe es dafür eine Mehrheit im Bundestag. Und der kann Gesetze beschließen, ganz unabhängig von den Verhandlungen über die Posten in der nächsten Regierung!

Heller, teurer, später...

Ein neuer Rekord von Mehdorns BER: Der Flughafen, ursprünglich mit 2,4 Mrd. kalkuliert, wird nun offiziell über 5 Mrd. kosten. Die Zahl ist natürlich nach oben genauso offen wie der Termin der Eröffnung – jedenfalls nicht vor Herbst 2015.

Dass eines der geschlossenen Parkhäuser nur deshalb rund um die Uhr erleuchtet ist, weil niemand mehr weiß, wie das Licht ausgemacht werden kann, hat die Flughafengesellschaft inzwischen abgestritten. Aber wer weiß schon irgendwas genau...

Privatwirtschaft erhöht Unfallgefahr

Anfang Oktober raste ein Regio in Calau in 2 Sipos – beide von einer Privatfirma. Ein Kollege starb sofort. Und kurz später passierte noch ein erschütternder Unfall, diesmal in Karlshorst. Ein toter Bauarbeiter. Was für eine schreckliche Vorstellung: Gehst auf Arbeit und kommst einfach nicht mehr zurück. Die Familie, die Freunde bleiben zurück mit tausend Fragen.

Auf der Baustelle Karlshorst waren wie üblich neben der DB auch Hochtief und Subfirmen beteiligt. Eine gefährliche Mischung. Jede Firma versucht, mit maximalem Gewinn aus dem Auftrag rauszukommen. Bei solchen Bauprojekten ist es die normalste Sache, dass das eine Unternehmen die anderen nicht in die Karten gucken lässt, Verantwortung wird an die nächste Subfirma delegiert, alles muss schnell gehen, für ordentlich Kohle auf dem Firmenkonto.

Es ist dieses System, dass die Gefahr von schweren Arbeitsunfällen erhöht.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin